

Wiebke Knell

KNELL KÄMPFT FÜR GEBURTSHILFE AM STANDORT SCHWALMSTADT

28.01.2025

Geburtshilfe unter Druck: Knell kämpft für Geburtshilfe am Standort Schwalmstadt

„Die Geburtshilfe in Schwalmstadt wankt – ihr Überleben ist ungewiss!“ Mit diesen drastischen Worten wendet sich Wiebke Knell, Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten im Hessischen Landtag an die Landesregierung und fordert sie auf, entschlossen zu handeln und die Geburtshilfe in Schwalmstadt zu sichern.

Knell, die ihre eigenen Kinder in Schwalmstadt zur Welt gebracht hat, warnt eindringlich vor einem möglichen Wegfall der Geburtshilfe in der Region. „Eine Geburt bringt Mutter und Kind an die Grenze der körperlichen und emotionalen Belastbarkeit. Viele Notfälle treten plötzlich auf und im Ernstfall zählt jede Minute. Lange Fahrtwege zur nächsten Geburtshilfe können in diesen Fällen für Mutter und Kind tödlich sein.“

Die Finanzierung der Geburtshilfe in Schwalmstadt steht auf wackeligen Beinen. Sie hängt maßgeblich vom sogenannten Sicherstellungszuschlag ab, dessen Vergabe von Kriterien wie Einwohnerdichte und dem Betroffenheitsmaß abhängt. Aktuell erfüllt das Klinikum diese strengen Voraussetzungen knapp nicht. Gleichzeitig sieht sich die Einrichtung mit bundesweit rückläufigen Geburtenzahlen sowie einem prognostizierten Defizit von über einer Million Euro im Jahr 2025 konfrontiert.

„Der Verlust der Geburtshilfe in Schwalmstadt hätte weitreichende Folgen“, erklärt Knell. „Für werdende Mütter im südlichen Schwalm-Eder-Kreis und im nördlichen Vogelsbergkreis würden sich die Fahrzeiten zu einer geburtshilflichen Einrichtung teils dramatisch verlängern – in einigen Fällen von etwa zehn Minuten auf über 40 Minuten. Das erhöht das Risiko für gesundheitliche Komplikationen erheblich.“

Auf Einladung von Dr. Dagmar Federwisch, der Geschäftsführerin der Klinik, und der

Chefärztin der Gynäkologie, Miriam Schuchhardt, haben die Abgeordnete Wiebke Knell gemeinsam mit den CDU-Landtagsabgeordneten Dominik Leyh und Christin Ziegler Ende Dezember die Geburtshilfestation in Schwalmstadt besucht. Im Anschluss forderten Knell und Ziegler in einem gemeinsamen Brief an die hessische Gesundheitsministerin Diana Stolz gezielte Maßnahmen, um die Grundversorgung der Geburtshilfe in Schwalmstadt langfristig zu sichern. Gemeinsam fordern sie die Landesregierung auf, sich in den anstehenden Haushaltsverhandlungen für eine auskömmliche finanzielle Unterstützung der Geburtshilfe einzusetzen. Konkret schlagen sie unter anderem eine Erhöhung der Infrastrukturpauschale vor.